



Regierungsratsbeschluss vom 21. März 2023

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD; Änderung des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG); Nachhaltige Finanzierung der SBB; Vernehmlassung

P221776

1. Der Regierungsrat genehmigt den Entwurf der Stellungnahme zur Revision des Bundesgesetzes über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG) an die Eidgenössische Finanzverwaltung.

Begründung

Der Bundesrat schlägt im Rahmen der Revision des SBB-Gesetzes Massnahmen zur nachhaltigen Finanzierung der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) vor. Vorgesehen sind ein einmaliger Kapitalzuschuss in Höhe von maximal 1,25 Milliarden Franken und eine Neuordnung der Finanzierung unter Einhaltung der Schuldenbremse, was der Regierungsrat begrüsst. Damit soll das Defizit der SBB aufgrund der während der Covid-19-Pandemie gesunkenen Passagierzahlen verbessert werden. Hingegen lehnt der Regierungsrat die vorgeschlagene Reduktion des Trassenpreises ab, den die Sparte Fernverkehr an die ungedeckten Kosten für den Substanzerhalt der Eisenbahninfrastruktur leisten soll. Denn die Reduktion würde sich unter Umständen direkt nachteilig auf den Bahninfrastrukturfonds (BIF) auswirken, indem weniger Mittel für die beschlossenen Ausbauschritte 2025 und 2035 der Eisenbahninfrastruktur zur Verfügung stünden.

